

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M. in Württemberg 2,22 M. vierteljährlich hierzu Postgebühr 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Monatszeile oder deren Raum. Kleinanzeige 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Rücksicht in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.



Nr. 70

Samstag, den 22 März 1921

36. Jahrgang.

### Sonntagsgedanken.

#### Die neue Zeit und wir.

Die neue Zeit braucht feste Herzen und klare Menschen. Die neue Zeit wird sein, wie die Herzen der Menschen sein werden.

### Wochenrundschau.

Groß war die Begeisterung nicht, mit der das neue Lebensmittelabkommen vom 14. März in Deutschland angenommen wurde. Wir waren darauf gefaßt, daß die Feinde unsere Notlage zu einer äußersten Erpressung ausnützen würden, der wir machtlos gegenüberstehen. Wir müssen uns fügen. Nun der Brüssler Vertrag in seinen Einzelheiten bekannt geworden ist, will es scheinen, als ob er für uns schlimmer wäre als das Abkommen vom Januar ds. Js. Die zugelagerten 270 000 Tonnen sollen wir ja nun wirklich erhalten und bis zum 1. September (nicht 15. Dezember) sollen wir wenigstens die formelle Erlaubnis haben, monatlich 300 000 Tonnen Getreide oder andere Lebensmittel und 70 000 Tonnen Fett von irgendwelcher Seite kaufen zu dürfen, — immer noch um ein starkes Viertel weniger, als im Januar von den deutschen Unterhändlern als dringendster Bedarf angegeben wurde (400 000 Tonnen Getreide und 100 000 Tonnen Fett und Fleisch). Aber wir müssen sie auch bezahlen können. Und darin liegt die Schwierigkeit, denn die Feinde haben uns genau vorgeschrieben, mit welcherlei Werten wir bezahlen müssen. Nicht mit langfristigen Valutakredit, wie die Ententestaaten ihre Beiträge von Amerika begleichen, auch nicht mit Reichsbanknoten dürfen wir die Gläubiger befriedigen, sondern jede Lieferung soll im Voraus in bar bezahlt werden durch Ausfuhr von gewissen deutschen Waren (Kosteln, Kaffeeholz, Farben) oder durch Verpfändung fremder Wertpapiere. Die Feinde werden Listen über Waren aufstellen, mit denen das Reich jene Lieferungen nicht bezahlen darf. Das heißt nichts anderes, als daß sie diese verborgenen Waren für ihre Entschädigungsansprüche sich vorbehalten wollen. Dazu gehören vor allem die deutschen Gold- und ausländischen Wertpapieren. So müssen wir zwar für die ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel, die von den feindlichen Mächten selbst kommen, 100 Millionen Mark in Gold und 25 Millionen in ausländischen Wertpapieren abgeben, darüber hinaus dürfen wir aber Gold und ausländische Wertpapiere einweisen nur im Betrag von 200 Millionen Dollar (840 Mill. M.) in Zahlung geben, während die Gesamtzufuhren bis 1. September, falls wir die 370 000 Tonnen Lebensmittel monatlich wirklich bekommen, nach den verlangten Preisen etwa 600 bis 700 Millionen Dollar kosten werden. Es bleibt also der Riesenbetrag von 400 bis 500 Millionen Dollar oder nach dem heutigen Valutastande von 3 bis 4 Milliarden M. zu decken, den wir nur durch Warenausfuhr begleichen können. Und damit schwindet ein großer Teil der Hoffnung auf die „erlaubten“ Lebensmittel, wenn in Deutschland jetzt nicht bis zum letzten Mann hinaus jeder seine äußersten Kräfte in Arbeit umsetzt. Anders können wir die 2½ Millionen Tonnen nicht mehr beschaffen. Das Abkommen vom 14. März treibt uns sonst unweigerlich dem Hunger zu. Es bringt uns auch fast die Gewißheit, daß unsere Handelsflotte für immer verloren ist. Im Artikel 8 des letzten Waffenstillstandsabkommens war die Auslieferung unserer Schiffe nur für die Zeit des Waffenstillstands vorgesehen; der Brüssler Vertrag enthält aber die Zeit überhaupt keine Bestimmung. Zwar soll die deutsche Handelsflotte noch nicht als beschlagnahmt gelten, sondern wir sollen sie, falls der Friedensvertrag nicht anders bestimmt, wieder zurückhalten, wenn die Versorgung Europas wieder gesichert ist. Aber wann wird das sein? Und in welchem Zustand werden sich dann die deutschen Schiffe befinden? Die feindlichen Zeitungen berichten schon über die Art, wie die deutsche Handelsflotte unter den assoziierten Mächten aufgeteilt werden soll. Sie rechnen auf 3½ Millionen Tonnen.

Aber noch ist es nicht einmal sicher, ob wir nur auch die notwendigen zu sein schienen, die uns schon ganz tödlich zu sein schienen, bekommen werden. Und daran ist, wie man mit Beschämung sagen muß, die Unerschöpflichkeit in Deutschland und die verborgene deutsche Verbergung schuld, die zum Abkommen unterzeichnet und der aufgelaufen. Polen in Polen die Verhand-

Deutschlands verschworen zu sein scheint. In letzter Stunde hat der Seemannsbund in Hamburg sich geweigert, die Schiffe zu besetzen und nach den englischen und amerikanischen Häfen auszufahren, um die Lebensmittel zu holen. Ohne Schiffsübergabe bekommen wir aber kein Mehl, kein Getreide. Mit welcher Schadenfreude mögen die versammelten Größen in Paris die Kunde von dem Hamburger Streik aufgenommen haben! Da jetzt ihres, aber sie selbst wollen nicht; sie pressen auf Vertrag und Abkommen, wie wir — die Aktiven und Passiven — es schon immer behauptet haben. Wenn es den Deutschen recht schlecht geht, dann sind sie doch nur selbst schuld daran. — In diesem Fall stimmt das leider. Wenn die Hamburger Seeleute nicht zur Verfügung kommen, so ist Gefahr, daß der ganze Versorgungsplan in Scherben geht. Zwei große Dampfer, die schon zur Ausfahrt klar gemacht hatten, blieben im Hafen liegen. Die Regierung hat mit den Seelenten unverzüglich Verhandlungen eingeleitet und es ist doch zu hoffen, daß wenigstens die Mehrzahl angesichts der heillosen Lage Vernunft annimmt, umso mehr als die Dienstverweigerung von allen Schiffsbesatzungen der Handelsflotte und von den Transportarbeitern und einem Teil der Seeleute selbst verurteilt wird.

Daß der Hamburger Seemannsstreik für den Fortgang der Vorarbeiten für den Frieden überhaupt nicht günstig ist, versteht sich von selbst. Auch in den Entente-Ländern empfindet man ein steigendes Mißbehagen, daß die Unterhandlungen und Beratungen der Friedenskonferenz mit ihren unzähligen Ober- und Unterausschüssen so gar nicht vom Fied kommen wollen. Es knappt nicht mehr in Paris. Marshall Foch hat z. B. in der Entwaffnung Deutschlands einen bestimmten Plan vorgelegt, der die Billigung der französischen Regierung gefunden hatte, ein Beweis, daß er wirksam genug war. 140 000 oder 200 000 Mann dürfte Deutschland als reguläres ausgehobenes Heer unter Waffen halten. Da kam plötzlich Lloyd George aus London herbeigezogen und warf den Plan über den Haufen. Nur 100 000 Mann geblieben er Deutsch zu, freiwillige Berufssoldaten mit 12jähriger Dienstzeit. Das nennt man Abrüstung. Da es aber nicht unwahrscheinlich ist, daß auch im französischen Volk sich bald der Wunsch nach einer so gründlichen Abrüstung geltend machen wird, nachdem Deutschland darin voranzugehen gezwungen war, so könnte es befremden, daß Clemenceau auf das Verlangen Lloyd Georges so rasch eingegangen ist. Vielleicht hat Lloyd George zum Ausgleich die Unterbilligung der französischen Wünsche auf das Saargebiet und weitere Teile des linksrheinischen Landes zugesagt. Vielleicht lag aber die vermutliche Rückwirkung der scheinbar weitergehenden Entwaffnung Deutschlands auf Frankreich oder so etwas ähnliches seinen Absichten näher. — Die Zeit wird's klären.

Gingen aber auch etwa Frankreich, England und wahrscheinlich Italien in den Friedensfragen d. h. in der Billigung der gänzlichen Niederwerfung Deutschlands einig, — wie halbamtliche Pariser Meldungen glauben machen wollten — so nimmt jedenfalls Wilson eine andere Stellung ein. Zunächst ist es ihm darum zu tun, der ewigen Verschleppung ein Ende zu machen und auf einen möglichst raschen Friedensschluß hinzuwirken. Mit den in seiner Abwesenheit gefassten Beschlüssen der übrigen Großmächte ist er auch nicht einverstanden und er hat sie „abgeprüft“, zu deutsch, er will sie nicht anerkennen. So soll er namentlich mit der Annexion des linken Rheinufers durch Frankreich und der militärischen Annebelung Deutschlands gar nicht einverstanden sein. Zwischen Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando (Italien) haben inzwischen wiederholt längere Besprechungen stattgefunden. Sie haben noch nicht zum Ziel geführt, die Meinungsverschiedenheit besteht also noch fort. Aber kein Sterbenswörtchen wird über die Beratungen verflücht. Wer wird Sieger sein? Wir möchten den Ruhm Wilson gönnen, aber die Aussichten scheinen nicht allzu günstig zu sein. Schließlich kann es Wilson jetzt wieder zu gehen wie mit seinen 14 Punkten, von denen nichts mehr übrig geblieben ist.

Zum übrigen wird Deutschland sich doch nicht alles bieten lassen. Es ist unerhört viel, was der deutschen Geduld jetzt schon zugemutet wird. Man denke neben anderem nur daran, daß der Jehuerrat in Paris d'Polen und Litauen geradezu auf uns hezt und und dabei die Hände freibet. Zum zweiten Mal schon müssen wegen des unerträglichen Gehabens der Verhandlungsleiter und der aufgelaufen. Polen in Polen die Verhand-

lungen abgebrochen werden. Die Dänen werden von Paris aus ganz unverhüllt aufgefordert, in ihren Ansprüchen auf Nord-Schleswig doch so nicht zu bestehen zu sein. Der Nordostkanal, den Wolke einst als die wichtigste Waffe zur Verrealisierung der deutschen Küsten bezeichnet hat, soll wie zum Lohn ein internationales Aktienunternehmen werden. Der deutsche Feldmarschall Liman von Sanders wird, mit seinem Stab wie ein gemeiner Verdächtiger vor ein „Kriegsgericht“ gestellt, von der infamen und völkerrechtswidrigen Behandlung des Feldmarschalls Rasken zu schweigen. Das sind nur einige wenige Punkte aus dem Kolonialprogramm der „Friedenskonferenz“. Aber alles drängt jetzt zur Entscheidung. Die innere Empörung in Deutschland ist dem Siedepunkt nahe und beim Fortfrieden wird der Würfel fallen. Es ist bekannt, daß die Reichsregierung den Gedanken einer Ablehnung bis in die letzten Folgerungen durchdacht hat und daß sie entschlossen ist, sich einem Frieden der Vergewaltigung, Zurücksetzung und Versklavung nicht zu beugen. Reichsminister Erzberger hat in einer vortrefflichen Rede — ohne Zweifel im vollen Einverständnis der Gesamtregierung — ausdrücklich betont: Seine Ehre wird das deutsche Volk nicht auch noch zum Opfer bringen. Die Vollmacht, Nein zu sagen, wird vom ganzen Volke ausgestellt sein. Jeder ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Die Folgen werden aber in ihrer ganzen Wucht auf die Feinde fallen.

### Neues vom Tage.

#### Reichseisenbahnen.

Berlin, 21. März. Samtliche deutsche Eisenbahnen sollen bis spätestens 1. April 1921 in die Verwaltung des Reichs übernommen sein. Wo eine Einigung bis 1. Oktober 1920 nicht zustande gekommen ist, sollen die Uebernahmebedingungen durch ein Schiedsgericht geregelt werden.

Berlin, 20. März. Am 19. März fand im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Reichsministers eine Sitzung über die Verteilung der von der Marine freigegebenen Fischdampfer statt. Die Marine erklärte, 68 Fischdampfer zur Zeit entbehren zu können. 34 Fischdampfer sollen deshalb an die durch Verluste im Reichsmarinendienst geschädigten Meeresfischer veräußert werden, während die übrigen zur Zeit verfügbaren 34 Dampfer bereit gehalten werden sollten, um gemeinwirtschaftliche Fischereierneuerungen zu fördern, für die in kürzester Zeit abgeschlossene Pläne dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt werden.

#### Die Schwierigkeiten in der preussischen Kabinettsbildung.

Berlin, 21. März. Mit der Annahme der preussischen Notverordnung ist die Frage der Bildung des preussischen Ministeriums wieder brennend geworden. Der „Berl. Volksanzeiger“ schreibt: „Als ein Zeichen der Verlegenheit ist es wohl zu denken, daß in Weimar eine unverbindliche Zählungnahme mit der Deutschen Volkspartei (den Nationalliberalen) versucht wurde, um diese zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen. Sie lehnte selbstverständlich ab. Ein Einverständnis der gleichen Verlegenheit würde es sein, wenn einfach die bisherige preussische Regierung im Amt bleiben würde. Da keine der Mehrheitsparteien Neigung zum Bruch hat, wird man auf dem Wege irgend einer Verständigung eine Lösung der Schwierigkeiten finden müssen.“

#### Der Nachfolger Michaelis'.

Berlin, 21. März. Als Nachfolger des Oberpräsidenten von Pommern, des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis, ist das demokratische Mitglied der preuss. Landesversammlung Lippmann-Stettin in Aussicht genommen.

#### Reichsbürgerrat.

Berlin, 21. März. Am 30. März findet in Berlin die zweite Tagung des Reichsbürgerrats statt. Gegenstand der Beschlussefassung sollen u. a. die Organisation einer vereinsmäßigen Vertretung und die Gesammregeln gegen die einseitige Zurückdrängung des Bürgerrats und seiner wirtschaftlichen und kulturellen Interessen angesichts der gesetzlichen Einrichtung der Arbeiterräte sein.



**Hamburg, 21. März.** Der Dampfer „Willy Meiers“ ist gestern nachmittags mit 2000 Mann aus der Türkei auf der Elbe eingetroffen.

**Bremen, 21. März.** In einer gestern vom See- und Landbau einberufenen Versammlung Bremer Seeleute wurde beschlossen, die Schiffe auf keinen Fall an England auszuliefern und sie nur ausfahren zu lassen wenn die Besatzung die Zusicherung bekommt, daß die Mannschaft an Bord verbleibt.

### Der Krieg im Osten.

**Berlin, 20. März.** Die deutsche Reichsregierung lehnt die Landung polnischer Truppen in Danzig ab.

**Berlin, 21. März.** Die vom Obersten Rat der Alliierten vorgelegene Lösung der Frage des jugendlichen Polens zur Osee trennt, wie die „Germania“ schreibt, einen Teil deutschen Landes von dem übrigen Deutschland und spricht ihm dem neuen polnischen Reich zu ohne Rücksicht auf den Willen der betreffenden Bevölkerung. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung für Deutschland ganz unannehmbar ist und daß keine deutsche Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnen wird, der eine derartige Bestimmung enthält.

**Paris, 21. März.** (Havas.) Der Hauptausschuß der Friedenskonferenz hat den ukrainischen General Pawlenko und den polnischen Verteidiger von Lemberg, General Koswadowsky, telegraphisch aufgefordert, die Feindseligkeiten sofort einzustellen.

**London, 20. März.** (Reuter.) Die Bolschewisten haben Cherson und Nikolajew nach schweren Kämpfen mit den französischen Truppen besetzt. Die deutsche Besatzung leistete anscheinend keinen Widerstand. Die ganze Ukraine ist jetzt in den Händen der Bolschewisten.

### Protest gegen den französischen Raub.

**Karlsruhe, 20. März.** Bei der Beratung des neuen Verfassungsentwurfes in der bad. Landesversammlung führte der Minister des Innern Dr. Haas aus: Wir werden in jeder Weise dagegen Einspruch erheben, daß badisches Gebiet von Frankreich annektiert wird. Wir haben Grund anzunehmen, daß Frankreich die Absicht hat, das Rheiner Gebiet zu annektieren (Lebh. Hört! Hört! und Niemals!) Wir haben vor aller Welt Einsprüche dagegen erhoben, daß dieses Land, in dem kein Mensch anders als Deutsch spricht, von Deutschland abgetrennt wird. Im „Journal“ wurde dieser Tage anerkannt, es sei richtig, daß Rheil deutsch sei. Der Rheiner Hafen müsse aber in irgend einer Form an Straßburg angegliedert werden, Straßburg brauche den Rheiner Hafen. Das ist uns ein Beweis, daß es sich um einen Raubzug handelt. (Sehr richtig.) Französische Blätter haben entgegen den Waffenstillstandsbedingungen und den 14 Punkten Wilsons die Absicht geäußert, den Rhein von Basel bis Mannheim unter französische Kontrolle zu stellen. (Lebh. Hört! Hört! und Niemals!) auf allen Bänken des Hauses.) Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreichs Verhalten nicht dem dauernden Frieden dient, sondern darauf hinausläuft, die Völker in ein neues Unglück zu stürzen, und dagegen müssen wir vor aller Welt protestieren. Wenn Frankreich auf seinem Anspruch beharrt, müssen wir vor der ganzen Welt sagen: Wir sind besogen und betrogen worden! (Lebh. Beifall im ganzen Hause.)

### Bleibt Luxemburg unabhängig?

**Luxemburg, 21. März.** (Reuter.) Die Kammer nahm einstimmig einen Antrag an, in dem der Wunsch nach Erhaltung der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung des Landes ausgesprochen wird. Der Staatsminister sagte, daß die Regierung zur Pariser Konferenz der Neutralen über den Völkerbund nicht eingeladen worden sei.

Die Kammer nahm die Vorlage an, die eine Volksabstimmung über die Beibehaltung der Dynastie, die Einführung einer neuen Dynastie oder die republikanische Verfassung anordnet.

### Eine amerikanische Finanzabordnung.

**London, 21. März.** Wie die „Times“ aus New-York meldet, ist eine amerikanische Abordnung, der auch Vertreter der großen Banken angehören, abgereist, um den Wiederaufbau von Handel und Industrie in Deutschland zu regeln.

### Von der Friedenskonferenz.

**Paris, 21. März.** (Havas.) Eine von den chinesischen Bevollmächtigten vorgelegte Denkschrift verlangt die Rückgabe von Kwantung ohne Vermittlung Japans, sowie die Beendigung der Besetzung Chinas durch Japan, da eine Aufrechterhaltung dieser Besetzung zu schweren Reibungen führen müßte.

**London, 21. März.** Holland wird vorgeschlagen, Haag zum Sitz des Völkerbundes zu machen.

**London, 21. März.** Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ macht das englische Publikum darauf aufmerksam, daß der Feldzug gegen den Völkerbund in Amerika immer mehr einen gegen England gerichteten Charakter annehme. Die Gegner des Völkerbundes stellen ihn als Werkzeug der britischen Politik hin.

Der Pariser Berichterstatter des Londoner „Daily Express“ schreibt, Wilson habe sich mit seinem Völkerbund zu Tode gesetzt, der Bund könne kein Mittel zur Sicherung des Weltfriedens werden.

„Daily News“ melden, man sehe ein, daß das Hinwirken Wilsons auf eine Beilegung des Friedens das Richtige war. Die Bedingungen für den Waffenstillstand werden den Deutschen gleichzeitig mit denjenigen des Vorfriedens vorgelegt werden.

**Paris, 20. März.** (Havas.) Laut „Matin“ hat sich der Oberste Kriegsrat heute mit dem Abbruch der Posen-Verhandlungen beschäftigt und Maßnahmen ins Auge gefaßt, die einen Druck auf die Deutschen ausüben sollen, damit die Feindseligkeiten an der Posen-Front eingestellt werden.

### Gegensätze auf der Friedenskonferenz.

**Bern, 21. März.** Die Pariser Presse läßt heute die Arbeiten der Konferenz ziemlich unberücksichtigt, um nicht erneut auf den Gegensatz zwischen Wilson und Lloyd George auf der einen Seite sowie Frankreich auf der anderen Seite über die militärische Bedingungen hinweisen zu müssen. Der „Temps“ betont nochmals die Unzulässigkeit der Wilson'schen Politik gegenüber Deutschland und erörtert die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, wenn die deutsche Regierung mit der Verweigerung der Friedensunterzeichnung drohe. In diesem Falle müßten die Verbündeten in jedem Gebiet Deutschlands örtliche Behörden einsetzen, mit denen sie vorläufige Sonderabkommen treffen würden. Andere Blätter weisen auf die Gefahren einer „ungenügenden Entlassung“ Deutschlands hin und verlangen, daß das französische Heer erhalten bleibe. Besonders müsse der jetzige Geist in Offizieren und in der französischen Jugend, die seit 1871 nur an die Rache und an die Behrosmachung Deutschlands dachte, erhalten werden. (Frankreich wünscht also die politische Auflösung Deutschlands, was Wilson und wohl auch Lloyd George nicht billigen. Sie scheinen weiter der Meinung zu sein, daß der „jetzige Geist“ der Offiziere und der Jugend in Frankreich dem Völkerrfrieden nicht förderlich ist und daß daher Frankreich ebenso zum Freiwilligenheer übergehen soll, wie es Deutschland vorgeschrieben wird. D. Schr.)

Nach dem „Homme Libre“, dem Blatt Clemenceaus, wird Lloyd George seine Reise nach London vorläufig um eine Woche verzögern und nur im Falle des Generalfreizeits der englischen Arbeiter früher zurückkehren.

### Der „Dreibund“.

**London, 21. März.** „Daily Chronicle“ zufolge hat die Staatskommission das Angebot des Ausschusses der Eisenbahnen verworfen. Der Reichstagsentwurf und die Gleichstellung der Arbeitsbedingungen auf allen Eisenbahnen wurden bewilligt, aber die Lohn- und Nebenbedingungen sind noch unerledigt.

Demselben Vertreter des Arbeiterdreibunds (Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter) über die Frage beraten. Davon wird es abhängen, ob in den Ausnahmefällen eingetreten wird.

### Zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

**Weimar, 21. März.** Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm einstimmig eine Erklärung aller Parteien an, die es begrüßt, daß zwei Regierungsvertreter als Deutsch-Oesterreich an den Verhandlungen des Ausschusses teilnehmen und die zugleich wünscht, daß auch Abgeordnete Oesterreichs an den Verhandlungen über die Verfassung des gesamten Reichs sich beteiligen können. Bei den Vereinbarungen soll auf besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten Deutsch-Oesterreichs Rücksicht genommen werden.

**Berlin, 21. März.** Wie die „B. Z.“ meldet, sprach Lloyd George bei den Verhandlungen in Paris über die deutsch-polnische Grenze entschieden gegen den Vorschlag aus, die polnische Grenze von 1772 wieder aufzurufen. Man dürfe unter keinen Umständen eine deutsche Præcedentia (d. h. eine Politik, die unter Fremdherrschaft geratenen Deutschen zu befreien) entstehen lassen und diese würde bestimmt in den Gebieten östlich der Weichsel, die von Deutschen ziemlich stark bevölkert seien, aufkommen.

### Baden.

**Karlsruhe, 21. März.** Die badische Nationalversammlung brachte heute vormittag die Beratung des Verfassungsprojektes zu Ende. Zunächst wurde noch einmal über die §§ 18 und 19 gesprochen und dabei der Schulzwang gefordert. Zwei Rednerinnen des Zentrums sprachen sich gegen den Schulzwang aus, ebenso Abg. Nusser (Dem.). Ein Redner der Sozialdem. verteidigte den Schulzwang. § 18 wurde einstimmig angenommen. Ueber § 19 wurde abschnittsweise abgestimmt. Die Absätze 1 und 2 fanden einstimmige Annahme, bei Absatz 3, betr. die Erteilung des Religionsunterrichts, entzweiten sich Zentrum und Zentrum-Nationalen der Abstimmung. Dieser Absatz wurde mit Mehrheit angenommen. Bei Absatz 5, betr. die Zwangsschule, stimmten das Zentrum, sowie die Deutsch-Nation. und Abg. Nusser (Dem.) dagegen; der Absatz wurde mit Mehrheit angenommen. Absatz 6 und 7 fanden einstimmige Annahme, ebenso alle weiteren Paragraphen. In der Aussprache über § 67 erklärte Minister Dr. Haas, daß ein Mitglied der Regierung nicht auch Aufsichtsrat einer Gesellschaft sein könne. Bei § 68, betr. die Auflösung staatlicher Lehranstalten, stimmten Zentrum, Deutsch-Nat. und Abg. Nusser (Dem.) dagegen. Der Paragraph wurde mit 64 Stimmen angenommen. Hierauf wurde in namentlicher Abstimmung mit allen 96 abgegebenen Stimmen das ganze Verfassungsprojekt angenommen. Präsident Kopp wies auf die Bedeutung dieser Tatsache hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Gesetz zum Wohl unseres Volks gerichten werde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag, 25. März, nachm. 4 Uhr. Tagesordnung: Abfindungsgesetz und zweite Lesung der Verfassung.

**Karlsruhe, 21. März.** Die badische vorläufige Volksregierung hat bestimmt, daß das Justizministerium geeignete Mitglieder der Volkswarte und Volkswachen zu Disziplinarbeamten der Staatsanwaltschaft bestellen kann. Das ist aus dem Grunde geschehen, weil leinerzeit ohne Rechtsgrundlage von Mitgliedern der Volkswarte und Volkswachen Durchsuchungen, Beschlagnahmen und vorläufige Festnahmen vorgenommen worden. Die Bezirksämter sind beauftragt worden, zuverlässige und geeignete Mitglieder der Volkswarte und Volkswachen den Staatsanwaltschaften vorzuschlagen. Sie werde, mit einem entsprechenden Ausweis versehen und sind daraufhin zur Vornahme von Beschlagnahmen usw. berechtigt. Andere Personen als die zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannten sind zu solchen Handlungen nicht mehr befugt.

**Karlsruhe, 21. März.** Abg. Fehn hat mit Unterstützung der dem. Fraktion in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß in weiten Teilen des Landes eine von Jahr zu Jahr drückendere Beleuchtungsnot herrscht, und ist die Regierung bereit, auf die alsbaldige Beseitigung dieser Not hinzuwirken, einerseits durch Förderung eines genossenschaftlichen Zusammenflusses zum gemeinsamen Bezug elektrischer Energie, andererseits durch Einwirkung auf die in Betracht kommenden Stromlieferanten?

**Karlsruhe, 21. März.** Der Verband der bad. Städte der Städteordnung hat in Karlsruhe eine ständige Geschäftsstelle errichtet. Zum Geschäftsführer wurde der bisherige 1. Beigeordnete der Stadt Straßburg, Geh. Reg.-Rat Timme gewählt.

**Neckargemünd, 21. März.** Infolge einer schon vor einiger Zeit eingetretenen Platzverengung starb im Heidelberger Hospital der bekannte Leiter des Neckargemünder Kurhauses, Nervenarzt Dr. Mugden.

**Von der Enz, 21. März.** Der diebische Sicherheitsmann, der Justizkatechet Emil Vohs aus Pörsheim kam als Sicherheitsmann nach Enzingen und gab bei einem Wirt vor, Haussuchung halten zu müssen. Dabei bestahl er den Wirt um 480 Mk. Als er später mit Freunden wiederkam und „Geburtsstag“ feierte, erkannte der Wirt das gestohlene Geld und machte Anzeige. Vohs erhielt 10 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

**Baden-Baden, 21. März.** Der Kommandant der badischen Sammlungen, Altkadett Nah, hat dem Stadtrat folgende Spenden in Aussicht gestellt: 40000 Mark für die stadthistorischen Sammlungen, 15000 Mark zur Hebung des Kunstgewerbes und Handwerks, außerdem sollen den Sammlungen Möbel, Zeichnungen, Kupfer- und Stahlstiche, Photographien, Photographien, Bücher, Stidereien, keramische und Nippisachen überwiesen werden. Endlich will Altkadett Nah noch verschiedene größere Beträge wohltätigen Stiftungen zuwenden. — Fräulein Julie Amanda Victoria Palbach-Pohlen hat 30000 Mark für einen jährlichen Auswandererpreis zugunsten eines evangelischen Brautpaars geschenkt.

**Uzloffen b. Offenburg, 21. März.** Aus Gesprächen mit den Grenzpatrouillen taucht immer wieder die von den Franzosen gestellte Frage auf, ob hinter dem Schwarzwald tatsächlich noch viele deutsche Soldaten gesammelt seien, die wieder loszuziehen wollten. Die Bewohner müssen die naive Frage immer wieder verneinen, sie zeigt aber, zu welchen Mitteln die Franzosen greifen, um ihre Truppen unter der Waffe halten zu können.

**Konstanz, 21. März.** Gestern vormittag kontrollierten in Konstanz der Fahnder Bed und der Schutzmann Fischer zwei verdächtige Buriden, angeblich Brüder, die, wie es heißt, bei dem letzten Raub in Mannheim aus dem Zuchthaus entkommen sind. Der eine trug eine Mitgliedskarte von der kommunistischen Partei Mannheim bei sich. Bei dieser Kontrolle schoß einer der Eindrehler mit dem Revolver den Schutzmann Fischer durch die Brust. Auch der Fahnder Bed, der sich auf den Eindrehler stürzte, wurde verletzt. Die Verurtheilten verurtheilten nun zu fliehen, wobei einer der Eindrehler von dem Schutzmann Fischer durch die Lunge getroffen wurde und bald darauf starb, während der andere Verbrecher vorher von seinem Genossen aus Versehen schwer verletzt worden war.

### Württemberg.

**Stuttgart, 21. März.** (Landesversammlung.) Dem Vernehmen nach wird die württ. Landesversammlung erst in der übernächsten Woche in Vollsitzungen wieder aufnehmen.

**Stuttgart, 20. März.** (Neuer Militärbesoldung.) Oberst Holland, bisherer Militärbesoldungsbefehliger in Berlin, wurde unter Entbehren, von dieser Stelle zu den Offizieren von der Armee verlegt. In seine Stelle tritt Generalmajor Renner, Kommandeur der 51. Infanterie-Brigade. — Heute nachmittags erschien ein Flieger über der Stadt und warf tausende von Flugzetteln ab, worin die Aufforderung enthalten war, sich für den Grenzschutz Ost bei der württ. Freiwilligen-Abteilung Haas (Münzingen, Altes Lager) zu melden.

**Stuttgart, 21. März.** (Aus dem Soldatenrat.) In der heutigen Sitzung der Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs wurde ein Antrag, die Freiwilligen-Abteilung Haas (Münzingen) sofort anzuschließen, angenommen. Desgleichen ein Antrag, den schwerbeschädigten Kriegern durch eine angemessene Preiserhöhung die Eisenbahnfahrt 2. Klasse zu ermöglichen.

**Stuttgart, 21. März.** (Sozialisierung in Württemberg.) Die württ. Regierung beabsichtigt, die Befugnisse des Staates und der Gemeinde zur Sozialisierung von Betrieben in nächster Zeit bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes gesetzlich festzulegen. Für die Sozialisierung sollen nur solche Betriebe in Betracht kommen, die ganz oder überwiegend der Versorgung der Einwohner mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs oder mit unentbehrlichen Diensten dienen. Auch werden die Gewerbebetriebe, auf die sich die Rechte der Gemeinden erstrecken können, besonders festgelegt werden müssen. Die Angelegenheit wird noch mit Interessenten, vor allem mit Vertretern der Städte und Gemeinden weiter besprochen werden. Auch die Sozialisierung der Apotheken wird in Frage kommen.

**Stuttgart, 21. März.** (Nach dem Spartakusputsch.) Wegen der verhafteten Spartakusführer Hördtke und Gen. wird die Voruntersuchung morgen abgeschlossen. Die Akten sind zum größeren Teil schon der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zugeleitet. Hiernach wird die nach dem Ergebnis der Untersuchung in Aussicht zu nehmende öffentliche Hauptverhandlung in kürzester Frist stattfinden können. Ueber

eine etwaige Freilassung der Verhafteten steht die Entscheidung mit dem zuständigen Richter bzw. Gericht zu. Eine Niederlegung des Verfahrens kann, zumal die Bewässerung ein großes Interesse an der Aufklärung des Falles durch eine öffentliche Verhandlung befinde, schon im öffentlichen Interesse nicht in Betracht kommen.

(+) **Stuttgart**, 21. März. (Strafkammer.) Der Hilfsarbeiter Hugo Seuffer und der Tagelöhner Heinrich Seemann von hier wurden in der Nacht zum 31. Januar bei einem Einbruch in den Konsumladen in der Hadtstraße abgefaßt. Seuffer wurde zu 8 Monaten, Seemann zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Diebe trugen bei dem Einbruch selbige Uniform.

(-) **Hohenheim**, 21. März. (Neue Verbindung.) Dieser Tage wurde eine neue farbentragende Studentenverbindung „Arminia“ mit Mensurverbot gegründet.

(-) **Heilbronn**, 21. März. (Bauernforderungen.) Am letzten Dienstag fand hier eine sehr stark besucht: Vertrauensmannerversammlung des württ. Bauern- und Weinbauernbundes aus 15 Ortschaften des Oberamtsbezirks statt. In einer scharfen Entschliessung wurde gegen das Vorgehen des Ernährungsministers in der Milchfrage protestiert und der sofortige Abbau der Zwangsvereinnung, Herbeiführung eines freien Marktes, eines freien Hofes, Abhaltung von Viehmärkten, Abschaffung der Hauskontrolle und Hausbuchungen, freie Mühle für den Selbstverzehr und vierteljährliche Mahlung, bessere Versorgung mit Futtermitteln und Düngemitteln, Abschaffung der Fruchtprämien, Verlängerung der Hausbuchungen verlangt.

(-) **Horbheim**, O.A. Waiblingen, 21. März. (Hohe Holzpreise.) Beim letzten Holzverkauf wurden für eine Eiche mit 5,11 Restm., 8,8 Meter lang, 2915 Mk. bezahlt.

(-) **Wammertingen i. S.**, 21. März. (Selunger Frau.) In Wammertingen wurde ein Getreideschieber aus Wammertingen abgefangen. Er hatte in einer Chais einen Doppeltentner Erbsen verborgen.

Die Wahlbewegung und die bürgerliche Frau betritt die zweite Folge der von der Deutschen demokratischen Partei Württembergs herausgegebenen Ausschüsse. Die Verfasserin, Frau Emma Schill, Stuttgart, schildert darin die Kämpfe, die die Frauen, besonders die bürgerlichen Frauen, durchkämpfen mußten, um zu einer politischen Entscheidung zu gelangen. Die Stellung der Frau zu der Forderung der Trennung von Kirche und Staat wird besonders eingehend gewürdigt, wie überhaupt die Mitarbeit der Frau am künftigen Staate gemeinverständlich besprochen wird. Das Heftchen kann von Jedermann von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei Stuttgart Kleine Königsstr. 7 gegen Einsendung von 25 Pfg. portofrei bezogen werden.

### Mittelmäßiges Wetter.

Störungen aus dem Westen lassen beständige Witterung nicht aufkommen. Am Sonntag und Montag ist mehrfach bewölkt, nur zeitweilig aufheitendes, auch zu Niederschlägen geneigtes und mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

### Beirat für das Vermessungswesen.

D.V.G. Die in den nächsten Tagen in Stuttgart stattfindende Hauptversammlung des württ. Geometervereins gibt Veranlassung, weitere Kreise des Volkes und die Regierung auf nachstehende Ausführungen hinzuweisen. Allenfalls sind die einzelnen Berufsvereinigungen bemüht, Leistung und Nutzen ihres Berufes auf die Forderungen der neuen Zeit einzustellen, vor allem aber neue Wege und neue Formen zu finden, die erleichtert Beziehungen schaffen zwischen dem Berufssträger und der Anspruchs des Volkswirtschafters an die Berufsleistungen. Nicht zum mindesten aber gilt es auch, den alten beherrschenden Zwang, den Druck der Bürokratie abzusütteln und einem freieren und offeneren Verkehr mit den Staats- und Gemeindebehörden die Wege zu ebnen, um für beide Teile eine erspriechlichere und freudigere Arbeit zu zeitigen.

Krieg und Umsturz haben die alte feste Wirtschaftsordnung fast völlig zertrümmert und dieser Zusammenbruch auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens erfordert überall Neuaufbau. Möchte es auch immer ein solcher sein auf geheimer freier Volkskraft und kein eintöniges Kludwert bürokratischer Kompromisse!

So ist auch schon bald nach den Tagen der Revolution der Ausschuss des württ. Geometervereins unter Mitwirkung weisungsbereiter, oherwilliger Mitglieder an die Aufgabe herangetreten, in der Erkenntnis der Notlage und Schwierigkeiten, die die kranke Zeit auch auf den Vermessungsberuf gelegt hat, eine Neuorganisation des Vermessungswesens, unter Zusammenfassung aller Berufsangehörigen im Staats-, Gemeinde- und freien Berufsleben, durchzuführen, vor allem aber die Hand in die Wunde jahrzehntelanger Schäden zu legen.

Am meisten hat die einheitliche Entwicklung des württ. Vermessungswesens und dabei auch die Berufsfreudigkeit der Geometer darunter gelitten, daß sie bei den Staatsbehörden keine eigentliche Berufsvertretung besaßen, die ihre Forderungen, Erfahrungen und Wünsche in genügender Weise zur Geltung kommen ließ. Der Vorstand des Katasterbureaus wie die Feldmesserprüfungskommission und auch der Vorstand der Hochschule für Vermessungswesen selbst hatten nie ein warmes Herz für den Vermessungsberuf und ihre Träger gehabt, und heute harren dringende, schon früher aufgetretene Berufsfragen noch immer ihrer sachgemäßen Erledigung! Es sei nur an das schon 1902/03 im Interesse der Vereinfachung des Vermessungsdienstes und der Vereinfachung der Vermessungskosten dringlich geforderte Bemerkungsgesetz erinnert, das in der Verrentung verschwunden zu sein scheint!

Als eine erste Aufgabe erschien es daher dem Ausschuss des württ. Geometervereins, die Schaffung eines von den Berufsgelehrten gewählten Beirates für das Vermessungswesen als Vertretung der Berufsorganisation der württ. Geometer anzustreben, der einer

höheren Regierungsbehörde anzugliedern ist und die Aufgabe haben würde, die Regierung in Sachen des Vermessungswesens zu beraten, zweckdienliche Maßnahmen zu beantragen und auf die Vereinfachung der Einrichtungen und Bestimmungen, die der freien Entwicklung des Vermessungswesens hinderlich sind, hinzuwirken. Noch im vergangenen Jahre wurde eine diesbezügliche Eingabe an die Regierung fertig gestellt. Die im Verfassungsentwurf vorgezeichnete Schaffung von Beiräten der Berufsstände gab dieser Auffassung durchaus Recht. Es befehlt nach den Verhandlungen des Verfassungsausschusses die begründete Hoffnung auf baldige Erfüllung dieser zeitgemäßen Forderung, die, wie wir gerne erwarten möchten, den Geometerstand einer fortschrittlicheren Entwicklung entgegenzuführen möchte.

### Verstaatlichung des Vermessungsberufs.

D.V.G. Zeit 1910 werden durch das Katasterbureau „Versuche der Verstaatlichung“ des Geometerberufs durch Besetzung der Stellen mit jungen Hilfsgeometern dieser Behörde unter Anschaltung älterer Katastergeometer gemacht, ohne daß der württ. Geometerverein über die Absichten der Regierung und nur einigermaßen unterrichtet ist! So sollen jetzt wieder durch Kriegsverluste, frei gewordene Katastergeometerstellen in Oberamtsstädten, die zu den besten des Landes gehören, auf diese Weise besetzt werden, ohne daß man gehört hat, daß Katastergeometer ländlicher Bezirke, die eine Veränderung im Interesse der Schulung ihrer Kinder anstreben für eine Bewerbung in Betracht kämen. Es erhebt sich die Frage, ob es, wenn die Verstaatlichung des Vermessungsdienstes nicht auf einmal durchgeführt werden kann, einen Sinn hat, diese „Versuche“ fortzusetzen, die ja der Allgemeinheit keinen Nutzen bringen, aber umso mehr Verbitterung in den Kreisen der Katastergeometer hervorrufen. Bis zur endgültigen Durchsührung der Verstaatlichung, der hier durchaus das Wort geredet werden dürfte, möge man wenigstens, nicht nur im Interesse der Geometer, sondern vor allem zur Erzielung einer einheitlichen Ausübung des Katastervermessungsdienstes im Interesse des Grundbesitzes als Uebergangsstadium die Anschaltung der Katastergeometer als Vorkaufsstellenbeamte unter einheitlichen Bedingungen und unter Mitwirkung der Regierung angestrebt werden, wie solche bei einzelnen Vorkaufsstellen schon eingeführt ist. Diese kann mit festem Gehalt oder mit Wartgeld und der Berechtigung zum Beitritt zur Pensionkasse erfolgen. Dabei sollte, um es nach dem Grundsatze „freie Bahn dem Tüchtigen“ zu ermöglichen, daß die vielseitigen Kenntnisse der württ. Geometer auch weiterhin zur Auswirkung kommen könnten, da, wo es die besonderen Verhältnisse nicht verbieten, als Grundsatz gelten, daß dem Katastergeometer die Ausführung der Arbeiten, die außerhalb des eigentlichen Katastervermessungsdienstes liegen, ausdrücklich teils als Dienstgeschäfte, teils als Privatarbeiten zuerkannt werden. Auch bei Anstellung mit Wartgeld können dem Katastergeometer gewisse Dienstgeschäfte unter Wahrung des Beamtencharakters gegen besondere Gehaltsvereinbarung übertragen werden.

Unter solche, das öffentliche Interesse beanspruchende Dienstleistungen fallen die Ausführung der Grenzfeststellungen und -berichtigungen mit Vermessung, die Aufsicht über die Durchführung der festgelegten Pläne und Vorschriften über die Durchführung der festgelegten Pläne und Vorschriften über die Stadt- und Ortserweiterungen und andere für amtliche Zwecke benötigten Plan- und Vermessungsarbeiten. Die Zusammenfassung dieser Arbeiten unter Wahrung des amtlichen Charakters ist zur Erreichung einheitlicher Vermessungsgrundlagen eine Grundforderung!

Als eine weitere dringliche Frage erhebt sich die Uebertragung der Arbeiten für die Fortführung der Amtskarten und Primärkataster auf die für vorübergehend angestellten Katastergeometer, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Dadurch würde nicht bloß eine Vereinfachung, sondern auch eine der Stellung des Katastergeometers mehr entsprechende Zusammenfassung seiner Dienstleistungen und Wahrung der Einheitlichkeit des Vermessungsdienstes erzielt werden. Den Berufsgeometern, die alsdann auf eine weitlich kleinere Zahl reduziert werden könnten, verblieben dabei die Funktionen des notwendigen Aufsichtswesens. Doch wenn im Geiste der neuen Zeit ein fortschrittlicheres Zusammenarbeiten des Katastergeometers mit diesem Organ möglich sein soll, so muß sich die Nevisionsstätigkeit der kleinsten Handhabung der unzeitgemäßen Vermessungsvorschriften bald erledigen! Der Kampf, der auf diesem dunklen Gebiete seit Jahrzehnten geführt wird, hat viel Arbeitsfreude zerstört! Ein großes Hindernis ist dabei die Verlegung des Katasterbureaus, die alle Bemühungen des württ. Geometervereins für eine Vereinfachung dieser Vorschriften in harem Festhalten an der Schablone vereitelt hat. Nicht bloß der Geometerstand, sondern auch der grundbesitzende Steuerzahler hat ein Interesse daran, daß dieser Pann bald einmal gebrochen wird. Die Rückständigkeit des Vermessungswesens in allen oben angeführten Fragen kennzeichnet zu Genüge die unbedeutende Tätigkeit des Katasterbureaus und erklärt die Erfolglosigkeit der bisherigen Bemühungen des württ. Geometervereins, die ihm leider auch in gleicher Weise in der Vor- und Ausbildungsfrage des Geometers beschieden war, deren Schuld zum größten Teil auf das Konto des Leiters der Hochschule für Vermessungswesen zu setzen ist.

### lokales.

— **Herabsetzung der Fleischration.** Die Bevölkerung vom 1. März hat ein so ungünstiges Ergebnis gehabt, daß die Reichsfleischstelle sich veranlaßt gesehen hat, mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums die Wochenfleischmenge wieder auf die Nation vor dem 3. Februar ds. Js. herabzusetzen. Die Hoffnung, daß der Mangel durch Bezug aus dem Ausland gedeckt werden könnte, hat sich nicht erfüllt. Die Verordnung tritt am 24. März in Kraft.

In Groß-Stuttgart werden somit wieder 200, in den übrigen Gemeinden der württ. hohen, Versorgungsgemeinschaft 150 Gramm wöchentlich zur Verteilung kommen.

— **Keine unnötigen Reisen!** Die Generaldirektion der württ. Staatsbahnen erucht noch einmal, alle nicht dringenden Reisen, besonders Samstags und an Sonn- und Feiertagen zu unterlassen. Die früheren Mahnungen scheinen nicht viel gefordert zu haben.

— **Prüfung.** Die Jahresprüfung für die Aufnahme in die Lehramtskandidaten und Saugau findet am 8. April und den folgenden Tagen an den Lehramtskandidaten und Saugau statt.

— **Müderstattung der Fliegergeschädenprämien.** Wie die „Adm. Ztg.“ mitteilt, hat das Kartell der Feuerversicherungsvereine, die in der Hauptsache die Versicherungsverträge gegen Fliegergeschäden abgeschlossen haben, beschloßen, den Mitgliedern aus Billigkeitsgründen die Müderstattung der Prämien zu empfehlen, wenn die vereinbarte Versicherungszeit über drei Monate nach dem Waffenstillstand (10. November 1918) hinausreicht. Die darüber hinausreichende Prämie soll nach Abzug von 20 Prozent für Verwaltungskosten an die Versicherten zurückbezahlt werden.

op. **Eine Maßeneingabe.** In einer Reihe deutscher Bundesstaaten (Preußen, Sachsen u. a.) ist gegenwärtig eine von ev. Seite veranstaltete Sammlung von Unterschriften für eine Eingabe an die Nationalversammlung im Gang, die die Wahrung des christlichen Charakters der Schule verlangt. Diese Eingabe hat in kurzer Zeit die gewaltige Zahl von 4 Millionen Stimmen erreicht.

— **Die Kriegsterzen** haben neben ihrem hohen Preis die weitere unangenehme Eigenschaft, daß sie mit hoher, schwerer Flamme ungern rasch verbrennen. Man kann dieses rasche Aufgehtwerden dadurch etwas hemmen, daß man auf die Kerze ein wenig Salz streut, wodurch die Spreizung der Flamme mit Zeit vermindert und die Flamme selbst kleiner wird; auch der Rauch verschwindet.

— **Preistreibererei mit Sämereien.** In letzter Zeit werden die Preise für Sämereien, insbesondere für Rotkleearten, wieder außerordentlich in die Höhe getrieben, obwohl von der offiziellen Preiskommission die Richtpreise auf 320 Mk. (Erzeugerpreis) bis 400 Mk. (Abnehmerpreis an Verbraucher) — je für den Zentner — erhöht sind. Unter 500 bis 550 Mk. soll der Zentner Rotkleearten überhaupt nicht erhältlich sein. Das Kriegswirtschaftsamt hat in einer Reihe von Fällen Straf anzeigen erstattet.

Drei Reden aus der Verfassungsgebenden württ. Landesversammlung die für jeden Politiker, aber auch für Jeden, der ein Interesse an dem Werden der neuen Zeit hat, von höchstem Werte sind, hat die Deutsche demokratische Partei Württembergs als erste Folge ihrer Tätigkeiten im Druck erscheinen lassen. Es sind dies die Reden des Abg. Peter Buchmann in Heilbronn zur allgemeinen Lage, des Abg. Heber zur Verfassung und des Regierungskommissars v. Blume zur Erläuterung des Regierungsentwurfs für die Verfassung. Alle drei Reden, besonders aber die letztere, sind für Jeden, der sich für Politik interessiert, geradezu instruktiv. Die Reden sind nach den amtlichen Stenogrammen gedruckt; dem 117 Seiten umfassenden Buchlein ist der Verfassungsentwurf beigegeben. Es kann von Jedermann von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei Stuttgart Kleine Königsstr. 7 gegen Einsendung von 50 Pfg. portofrei bezogen werden.

### Vermischtes.

Die Verluste der Kriegsschiffe. Die Londoner „Times“ bringen aus amtlicher Quelle folgende Angaben über die Verluste der See, die beide Seiten erlitten haben:

Schiffsklasse	England	Frankreich	Italien	Japan	Amerika
Schlachtschiffe	13	4	3	1	—
Schlachtkreuzer	—	—	—	—	—
Kreuzer	25	5	2	4	1
Monitore	6	—	1	—	—
Verteiler	64	14	10	8	2
Torpedoboote	10	8	5	1	—
Landboote	60	14	8	—	1
Kleine Fahrzeuge	27	9	—	—	—

Gesamttonnengehalt 350 000 110 000 76 000 50 000 17 000  
Gesamtverluste aller Flotten der Alliierten: 803 000 Tonnent.

Schiffsklasse	Deutschland	Oesterreich
Schlachtschiffe	1	3
Schlachtkreuzer	1	—
Kreuzer	23	2
Monitore	—	3
Verteiler	72	6
Torpedoboote	51	4
Landboote	205	8

Gesamttonnengehalt 350 000 85 000 Tonnent.  
Gesamtverluste der Mittelmächte: 415 000 Tonnent.

Von den schweren Lokomotiven, die nach Frankreich ausgeliefert wurden und die dort wegen des schweren Bahndienstes nicht verwendbar sind, soll bereits eine Anzahl wieder nach Deutschland zurückbeordert worden sein.

— **Grubenunglück.** Im Saecht Reichsland in Wülhausen i. C. wurden durch eine Explosion 13 Arbeiter getötet und viele verwundet. Eine Anzahl Personen ist noch in der Grube eingeschlossen. Das Unglück soll durch Explosion einer Röhre mit Sprengstoffen entstanden sein.

— **Feindliche Gerichtsverteilung.** Ein Weinhandler und ein Wirt in Koblenz, die eine Ladung Kognak im Wert von 1 Millionen Mark von Frankreich nach Koblenz schmuggeln wollten, wurden vom amerikanischen Gericht zu je 1 Jahr Zuchthaus und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wegen unerlaubter Veranlassung eines Karnevals-Tanzveranstaltungs wurde das britische Kriegsgericht in Caversham einen Wirt, dem von der Tanzgesellschaft 2000 Mark bezahlt worden waren, zu 7000 Mark Geldstrafe. Vier Veranstalter erhielten 7 Tage, drei 4 Tage Gefängnis, 25 junge Mädchen und Herren kamen mit einer Geldstrafe von 50 Mark davon, die Keilner hatten je 5 Mark Buße zu zahlen.

— **Ein gefährlicher Betrüger,** der sich der Masche Armando Imperiali aus Sorrent nannte, trat in München mit gefälschten Diplomenten und gefälschter Vollmacht der italienischen Regierung als Gesandter beim Staatskommissar für das bayerische Ernährungswesen auf und erklärte, er sei von seiner Regierung beauftragt, der Volkrepublik Bayern Lebensmittel wie kondensierte Milch und Reis zu liefern und weiterhin gegen ihre Vorkaufsstellen 2000 Mark berechnende Waren im Wert von 17 Millionen Mark zu verkaufen. Er verlangte einen Vorbehalt von 7 Millionen Mark. Als er den Betrag nicht erhielt, ging er auf...

föhre schließlich zu seiner Verhaftung. Hier gab er sich zuerst als englischen Staatsangehörigen und internierten Fliegeroffizier aus. Seine Angaben erwießen sich indes als falsch. Bis jetzt ist ermittelt, daß der Verhaftete unter falschem Namen und Fiktivbeiträgen in Berlin und Wien verhaftet hat.

**Pension für Viehhändler.** Nach der „Morning Post“ soll der Zentral-Sowjet in Moskau beschließen haben, der Witwe Viehhändlers eine jährliche Pension von 40000 Rubel zu bewilligen.

**Drastischer Fernsprecher.** Der „Times“ zufolge ist es der Marconi-Gesellschaft gelungen, eine drastische Fernsprecher-Verbindung zwischen Irland und Canada herzustellen.

**Reichsregierung und Handlungsgehilfen.** Es wird uns geschrieben: Nach § 518 der Reichsversicherungsordnung können die gesetzlichen Krankenkassen zur Abführung von vier Fünfteln des Arbeitgeber-Beitrag für die bei den Erwerbstätigen versicherten Angestellten in die Erwerbsklassen verpflichtet werden. Diese Bestimmung soll nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 3. Februar 1919 in Wegfall kommen. Das bedeutet, daß die gesetzlichen Klassen in Zukunft ohne jedwede Gegenleistung die Beitragsanteile der Arbeitgeber auch für die Angestellten einzuziehen können, die gar nicht bei ihnen versichert sind. Darin liegt eine ungeheure Schädigung der 250000 in Erwerbsklassen versicherten Handlungsgehilfen, denn die Regierungsverordnung wird den Erwerbstätigen das Weiterbestehen nicht nur erschweren, sondern geradezu unmöglich machen. Im Gegensatz zu der von ihr sonst regelmäßig beachteten Gevlogenheit hat die Regierung vor Erlass der Bestimmung die beteiligten Kreise nicht gehört. Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (G. K. A.), hinter dem über eine halbe Million Angestellte stehen, hat in einer Eingabe an die Nationalversammlung die Stimmung der kaufmännischen Angestellten zum Ausdruck gebracht und die Nationalversammlung gebeten, die Reichsregierung zur Aufhebung der die Erwerbstätigen erdrosselnden Bestimmungen zu veranlassen.

**Vergünstigungen für Landarbeiter.** Erwerbslosen, die früher in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, sowie sonstigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesenen Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie deren Familienangehörigen wird, wenn sie der Gemeinde ihres letzten Wohnorts den Nachweis erbringen, daß sie eine Stelle in der Land- oder Forstwirtschaft zu übernehmen sich verpflichtet haben und zu diesem Zweck ihren Wohnsitz verlegen müssen, freie Fahrt zu den Beschäftigungsorten sowie eine angemessene Beihilfe zu den sonstigen Reisekosten gewährt. Dabei ist aber bei der Gemeinde des letzten Wohnorts der Nachweis zu erbringen, daß die Unterkunft in dem Beschäftigungsort gesichert ist. In diesem Fall hat die Gemeinde oder der Gemeindeverband des letzten Wohnorts auch die freie Bahnfahrt des Hausrats usw. zu bewirken. Ist nicht möglich, die Familienangehörigen in den auswärtigen Beschäftigungsort mitzunehmen, so werden den zurückbleibenden Familienangehörigen für die Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses Familienunterstützungen gewährt, die das 1/2fache der Erwerbslosenunterstützung be-

tragen. Die Kosten für freie Fahrt, Umzug und Unterbringungen hat die Gemeinde oder der Gemeindeverband des letzten Wohnorts zu verauslagern und zwar für Erwerbslose aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Die für die sonstigen Arbeiter verauslagerten Kosten werden vom Reich und dem in Frage kommenden Bundesstaat zur Hälfte ersetzt. Den in landwirtschaftlichen Selbstverorgungsbetrieben beschäftigten Arbeitern steht außer den Löhnen das Recht auf Selbstversorgung zu. Auch erlangen die ständig beschäftigten Arbeiter Gelegenheit zur Pachtung oder sonstigen Nutzung von Land für den Bedarf des eigenen Haushalts. Die Regierungsverordnung verpflichtet die Arbeitgeber in der Land- und Forstwirtschaft, jede offene Stelle sofort einer öffentlichen Arbeitsnachweisstelle anzumelden, sowie von jeder Bezugs-Mittelung zu machen.

### Die Volkshochschule.

vv. Wir sind daran, unser Staats- und Wirtschaftsleben neu aufzubauen. Wir brauchen aber auch neue Menschen in den neuen deutschen Staat und in die neue deutsche Volkswirtschaft. Darauf muß sich unser gesamtes öffentliches Bildungswesen neu einstellen. Das aber genügt nicht. Vielmehr muß auch noch eine Stätte geschaffen werden, die es jedem Erwachsenen, der in die Höhe strebt, ermöglicht, sein Wissen zu erweitern und zu vertiefen.

Diese Aufgabe soll und will die deutsche Volkshochschule lösen. Sie ist eine Bildungsstätte, die dem Schüler den Umkreis seines Lebens und Erlebens klärt und erklärt, die also nicht nur Wissen vermittelt, sondern die den ganzen Menschen nach Verstand, Gemüt und Willen erfaßt.

Darum unterscheidet die Volkshochschule drei Grundrichtungen: die ländlich-bäuerliche, die kleinstädtisch-bürgerliche und die großstädtisch-industrielle Volkshochschule. Jede dieser Richtungen will bodenständige Menschen erziehen. Sie stellt darum ihre Arbeit von vornherein auf das Arbeitsgebiet, in dem die Zuhörer tätig sind, und sie berücksichtigt die seelische Beschaffenheit, die dem Menschen eines bestimmten Arbeitsgebietes und einer bestimmten Volksschicht eigen ist. Auf diese Weise will sie dem Bauern das Land, dem Bürger die Kleinstadt, dem Großstädter die Großstadt zur eigenen Heimat machen. Und dadurch glaubt sie, die Menschen, denen sie eine vertiefte Bildung ermöglicht hat, nicht aus ihrer Berufsarbeit hinauszuführen, ihnen vielmehr ihren Beruf erst recht lieb und wert zu machen und sie zur Führerschaft innerhalb ihrer Berufs- und Heimatgenossen zu befähigen.

Durchzieht sich unser Land bald mit einem Netz ländlich-bäuerlicher, kleinstädtisch-bürgerlicher und großstädtisch-industrieller Volkshochschulen, so ist zu hoffen, daß nach und nach die tiefen geistigen und sittlichen Schäden, die unserem Volkstörper zweifellos anhaften, geheilt und damit die Vorbereitungen für einen Aufstiege

unseres Volkes zu der Stellung, die ihm gebührt, geschaffen werden. Ein verheißungsvoller Anfang mit ländlich-bäuerlichen Volkshochschulen ist gemacht. Eine Volkshochschule für Groß-Stuttgart ist im Werden begriffen. Mögen andere bald nachfolgen.

## Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetrieb

Anfragen an:

### Ambi Akt. u. K. Charlottenburg 9

Arthur Müller Bauten und Industriewerke  
Goldene Medaille und Staatspreis vom Reichsverband für sparsame Bauweise

**Evang. Gottesdienst.** Sonntag, den 23. März. Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtkirar Remppis. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst. Abends 8 Uhr Bibelstunde Stadtkirar Remppis. Mittags 1/2 3 Uhr in Neuenbürg in der Stadtkirche Bezirkskirchenversammlung zur Vorbereitung der Wahl zur Landesversammlung. Vortrag von Prälat Dr. Schöll. Alle kirchlichgesinnten Männer und Frauen sind herzlichst dazu eingeladen.

**Kath. Gottesdienst.** Sonntag den 23. März 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. 1/2 2 Uhr Christenlehre und Andacht. Montag keine hl. Messe, an den übrigen Werktagen 7 1/2 Uhr hl. Messe. Feiert. Samstag von 4 Uhr an. Kommunion Sonntag um 7 1/2 u. 8 Uhr, an den Wochentagen bei der heil. Messe.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

### Flüchtlinge und Ausgewiesene aus Elsaß-Lothringen,

die hier Aufenthalt genommen haben, haben sich binnen 3 Tagen unter Vorlage ihrer Ausweispapiere bei dem Stadt-Lebensmittelamt zu melden.

Wildbad, den 22. März 1919.  
Stadtschultheißenamt; Bägner.

## Freiwillige Feuerwehr

### Wildbad

Am Sonntag, den 23. März morgens 1/2 9 Uhr rückt der **Stab und die Jüge 1-7** aus zu einer **Übung.**

Anschließend finden die Neuwahlen statt.

Das Kommando.

### Zwiebel-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarke Nr. 36 wird abgegeben:

1 Pfund Zwiebel.

Wissenschluß Dienstag Abend 6 Uhr.  
Stadt, Lebensmittelamt Wildbad

## Bekanntmachung.

Betrifft Abgabe von Zivilentlassungsanträgen. Abschrift.

Es liegt Veranlassung vor, die Truppende und Bezirkskommandos darauf hingewiesen, daß der Umtausch bereits abgegebener Entlassungsanträge (Uniformen) in Zivilanzüge unzulässig ist. Das Ausstellen diesbezüglicher Bescheinigungen wird hiermit untersagt. Nur wenn Leute nachweisen, daß sie im neutralen Ausland oder besetzten Gebiet Anstellung gefunden haben oder dort ihren Wohnsitz nehmen wollen, ist der Umtausch gegen Vorzeigen eines entsprechenden Ausweises erlaubt.

Generalkommando 13. A. R. Abt. IV. a Nr. 14566 vom 13. 3. 19. Vorstehende Bescheinigung wird zur Kenntnis gebracht. Die bereits hier eingereichten Anträge auf eine Bescheinigung zum Umtausch der Uniformstücke gegen Zivilanzüge haben durch obige Verfügung ihre Erledigung gefunden. Eine weitere Benachrichtigung erfolgt nicht.

Calw, den 19. März 1919.

### Bezirkskommando

Neuenbürg.

Im Gerben von Fellen zu Pelzen und Fussteppichen empfiehlt sich

Chr. Dietrich, Turmstr. 95.

Ebenso werden auch in gutem Zustand getrocknete Felle angenommen.

### Druck-Arbeiten jeder Art

liefert rasch und billig  
B. Hofmann'sche Buchdruckerei

## Versteigerung.

**Am Montag, den 24. März vorm. 10 Uhr an** kommen in der Wirtschaft Hempel (Ventilhorn) König-Karlstr. 60 folgende Gegenstände gegen Barzahlung zur Versteigerung!

10 Betten, bestehend je aus Bettstelle, Kopfteil, Kopfkissen, Oberbett, Haupfelpolster und Kissen, 5 Komode, 6 Kleiderkästen, 6 Kleiderhänder, 6 Nachttischen, 2 Regulateure, verschiedenes Küchengerät, ferner Wirtschaftseinrichtung bestehend aus ca. 40 Stühle, 6 Tische, Gläser, 3 Stühle, Wandbilder, und noch sonstige Haushaltsgegenstände

**Abbitte.** Meine Äußerung gegen Karl Hammer, Maurer hier, nehme ich als unwahr zurück und leiste öffentlich Abbitte.  
Wildbad, 22. März 1919  
Emma Strohecker.

Evangelische und katholische Gesangbücher sowie Schulbücher sind neu eingetroffen und empfohlen.  
Geschw. Glum, Buch- und Schreibwarenhandl.

Zwei getragene weiße **Kleider** schon geflickt, preiswert im Auftrag zu verkaufen.  
Albert Zipps König-Karlstr.

Einen sehr schönen schwarzen **Anzug** zweimal getragen hat im Auftrag zu verkaufen.  
Wer sagt die Erped. [266]

Ein neuer **Bettrost** (Friedensware) und eine zweischläfrige **Kinderbettlade** samt Kopf hat billig abzugeben.  
Näheres in der Erped. [265]

Einige **Herrentragen** (Halsweite 33-44) hat billig zu verkaufen.  
Karl Kometsch, Kürschner.

**Turn-Verein Wildbad.** Heute abend 8 Uhr **Singstunde** im Schwarzwaldb-Hotel.

## Bekanntmachung.

### Betr. die Hundesteuer.

Die Hundebesitzer werden auf ihre Pflicht zur An- u. Abmeldung ihrer Hunde auf die Zeit vom 1. bis 15. April aufmerksam gemacht

Auf den 1. April haben diejenigen Steuerpflichtigen Anzeige zu machen, welche am 1. April einen Hund von steuerpflichtigem Alter halten, ohne schon im Vorjahre einen Hund angezeigt und versteuert zu haben, sowie diejenigen, welche am 1. April mehr steuerpflichtige Hunde halten, als sie im Vorjahre angezeigt und versteuert haben. Diese Anzeige ist spätestens bis 15. April bei der Gemeindebehörde zu machen.

Wer am 1. April einen in dem Vorjahre versteuerten Hund nicht mehr hält und auch keinen andern Hund an Stelle desselben besitzt, hat hiervon bis spätestens 15. April Anzeige zu machen. Die Unterlassung dieser hat zur Folge, daß das Steuerpflichtige die Abgabe für das neue Steuerjahr fortzuentrichten hat.

Wer nach dem 1. April einen über 3 Monaten alten Hund zu halten beginnt, hat, sofern nicht der letzte an die Stelle eines andern von demselben bisher versteuerten Hundes tritt, binnen zwei Wochen Anzeige hiervon zu machen und vom nächsten Vierteljahre an für den Rest des Steuerjahres die Abgabe zu entrichten, ohne Rücksicht darauf, ob der Hund schon von dem, der ihn früher hielt, auf dieselbe Zeit versteuert worden ist. Sobald ein Hund, der bisher unangezeigt geblieben ist, weil derselbe das abgabepflichtige Alter von 3 Monaten noch nicht erreicht hatte, in dieses Alter eintritt, ist in gleicher Weise binnen 3 Wochen Anzeige hiervon zu machen und vom nächsten Vierteljahre an die Abgabe für den Rest des Steuerjahres zu entrichten. Nur in dem Falle, wenn jemand im Laufe des Steuerjahres (nach dem 1. April) einen steuerpflichtigen Hund zu halten beginnt, diesen aber am 1. des nächsten Vierteljahrs nicht mehr besitzt, tritt eine Steuerpflicht nicht ein.

Steuerpflichtig ist derjenige, welcher den Hund hält, gleichgültig, ob er zugleich Eigentümer, oder ob er Mieter, Entleiher, Verwahrer des Hundes ist, es genügt, daß er in eigenem Interesse durch Gewährung von Obdach und Unterhaltung die Sorge für den Hund übernommen hat.

Wer die Anzeige eines zu versteuernden Hundes innerhalb der vorgeschriebenen Zeit unterläßt, wird mit dem dreifachen Betrag der gefährdeten Abgabe bestraft.

Wildbad, den 20. März 1919.  
Stadtschultheißenamt; Bägner.

